

Stadt Köthen (Anhalt)

Der Oberbürgermeister

Beschluss

16/StR/16/006

weitergereicht an: am:	Beschluss-Nr.: 16/StR/16/006
Gremium: Stadtrat	Aktenzeichen:
Sitzung: 16. Sitzung des Stadtrates der Stadt Köthen (Anhalt)	Vorlage-Nr.:
	Datum: 15.12.2016
aufgehoben/geändert am:	durch Beschl.-Nr.:

Beschlussgegenstand

Bebauungsplan Nr. 41 - Teil 1 "Am Hollandspeicher"
hier: Abwägen der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und aus der Beteiligung der Öffentlichkeit - Abwägungsbeschluss

Beschlusstext

Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange unter- und gegeneinander entsprechend der **Anlagen 2, 2A und 3** beschließt der Stadtrat folgendes:

1. Auf der Planzeichnung (Teil A) des Bebauungsplanes 41-Teil 1 wird die festgesetzte Stellplatzfläche auf der nichtüberbaubaren Grundstücksfläche des Gewerbegebietes GE Emis durch ein Baufeld ersetzt. **(Anlage 4)**
(gemäß Anlage 3- 2. *PROBANT Rechtsanwälte für LIDL*)
2. Die Private Erschließungsstraße wird geringfügig verschoben.**(Anlage 4)**
(gemäß Anlage 3-1. *MP Anwaltskanzlei für Herrn Le Dang*)
3. Die Textlichen Festsetzungen (Teil B) des Bebauungsplanes 41-Teil 1 werden im § 1 um den Absatz (2) erweitert:
(2) Erweiterter Bestandsschutz aufgrund des § 1 (10) BauNVO
Im Gewerbegebiet GE Emis bleiben die genehmigten und bestehenden Einzelhandelsbetriebe weiterhin zulässig. Sie dürfen ihre Verkaufsfläche um bis zu max.10% der genehmigten Verkaufsfläche erweitern.
Innenstadtrelevante Sortimente dürfen als Randsortiment max.10% der Verkaufsnutzfläche betragen.
Der Gebäudebestand darf baulich umgestaltet oder durch einen Neubau ersetzt werden.

Die Begründung wird dazu im **Punkt 6.2** Art der baulichen Nutzung ergänzt.
Anlage 5 - Karte Nahversorgungsstandorte wird der Begründung als Anlage
zugefügt.

(gemäß Anlage 3- 2. PROBANT Rechtsanwälte für LIDL)

4. Die Textliche Festsetzung 2.3 (Teil B) des Bebauungsplanes 41-Teil 1
wird wie folgt geändert:
**2.3 Bei allen Baumpflanzungen ist ein dem Stand der Technik entsprechender
durchwurzelungsfähiger Mindestraum von 12 m³ zur Verfügung zu stellen.
Das kann durch Ausbildung einer dauerhaft offenen Baumscheibe von mind.
6 m² und unterirdisch durchwurzelbarem Raum von 12 m³ oder durch eine der
von der FLL empfohlenen Pflanzgrubenbauweisen für überbaute Pflanzgruben
erreicht werden. Je nach Bauweise ist entsprechendes Pflanzsubstrat nach
der FLL-Richtlinie zu verwenden.
Bei mit Verkehrsflächen überbauten Pflanzgruben sind zur Sicherung einer
dauerhaften Luft- und Wasserversorgung entsprechende Maßnahmen
vorzusehen, z.B. der Einbau einer Graben- oder Tiefenbelüftung.
Bei geschlossener Baumscheibenabdeckung darf die Abdeckung bis maximal
0,5 m an den Stamm herangeführt werden, ein entsprechender Anfahrerschutz
ist vorzusehen.**
(gemäß Anlage 3- 2. PROBANT Rechtsanwälte für LIDL)
5. Die Begründung mit Umweltbericht wird im Punkt 3.2 Regionaler
Entwicklungsplan überarbeitet. Hier wird die Rechtsgrundlage angepasst.
(gemäß Anlage 2A / TÖB 2 und 3)
6. Den übrigen Stellungnahmen wird nicht entsprochen.

Da durch die Änderung des Planentwurfs jedoch die Grundzüge der Planung nicht berührt
werden, wird die Einholung der Stellungnahmen zu den geänderten Teilen gemäß § 4a (3)
Satz 4 BauGB auf die von der Änderung betroffenen Öffentlichkeit, sowie den berührten
Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange beschränkt.